BAG Wohnungslosenhilfe Bundestagung 07.-09.11.2007 in Potsdam

AG 1 am 08.11.2007

Wirkungsorientierte Steuerung – Grenzen und Möglichkeiten Hilfeprozess bezogener Einzelfalldokumentation

Moderation: Alexander Englmann, Ambulante Hilfe Stuttgart

Verlauf

1. Vortrag von

Herrn Andreas Kämper (Gesellschaft für Organisation und Entscheidung Bielefeld, kurz: GOE) und Herrn Christoph Mertens (Perthes-Werk Hamm, Wohnhaus Bodelschwinghstraße):

"Wirkungsorientierte Steuerung in der Wohnungslosenhilfe - Indikatoren einer Hilfeprozess bezogenen Einzellfalldokumentation in der praktischen Arbeit"

Stichworte aus der Diskussion

Das Perthes-Werk ist Auftraggeber, die GOE Auftragnehmer für die (gemeinsame) Entwicklung des vorgestellten Dokumentationssystems; beide wollen damit ihre jeweiligen Leistungen finanziert bekommen (durch das Job-Center oder den Sozialhilfeträger) bzw. verkaufen (an ähnliche Einrichtungen wie das Wohnhaus Bodelschwinghstraße).

- Das Dokumentationssystem ist bis jetzt in zwei Projekten (mit 11 und 34 Personen) seit einem Jahr im Einsatz.
- Die (zwei) anwendenden Sozialarbeiter haben die Inhalte der Erhebung (Fremdeinschätzungen) ohne Einbeziehung der Betroffenen bestimmt; die bisher gewonnenen Aussagen seien in ihrer Tendenz (was Schwerpunkte betrifft) aber denen aus Direkterhebungen bei Betroffenen (Selbsteinschätzungen) sehr ähnlich.
- Die Erhebung erfolgt über einen zweiseitigen Fragebogen im Bodelschwinghaus; die Auswertung über EDV bei der GOE.
- Die Erhebung erfordert pro Fall 10 Minuten; die Sozialarbeiter sind mit dem Instrument zufrieden.
- Die Formulierungen der einzelnen Merkmale sind aus Praxis-Sicht nach Meinung vieler Anwesender in hohem Maße Realitätsgerecht.
- Die Mehrzahl der Anwesenden bezweifelt aber, ob wirklich Wirkungen der Hilfe dokumentiert werden; die dokumentierten Veränderungen sind sicher durch verschiedenste Faktoren beeinflusst (darunter <u>auch</u> die soziale Arbeit, die Ursachen / Auslöser von Veränderungen können aber auch ganz woanders liegen).
- Gegenposition von Herrn Kämper: Die soziale Arbeit solle nicht ihr Licht unter den Scheffel stellen, sonder selbstbewusst die Wirkung der eigenen Arbeit zu betonen.
- Die Visualisierungen der Veränderungen sind nach allgemeiner Meinung gelungen.
- Das System scheint vielen ein sinnvolles Instrument zur Selbst-Reflektion der sozialen Arbeit sein zu können.
- Diese Reflektion sollte aber unbedingt zusammen mit den Betroffenen stattfinden.
- Von vielen Anwesenden werden bestimmte verwendete Begriffe sehr kritisch gesehen z.B. angemessenes Verhalten (obwohl sie innerhalb der Einrichtung eventuell sehr genau operationalisiert und dann auch ohne Kopfschmerzen verwendet werden könnten).
- Die Ergebnisse sollten in der dargestellten Form aber so die fast einhellige Meinung der Anwesenden – nicht gegenüber Kosten-/Leistungsträgern verwendet werden (auch nicht als Verkaufsstrategie im Konkurrenz-Kampf der Leistungserbringer untereinander).

2. Vortrag von Frau Johanna Poetzsch (Bundesagentur für Arbeit Nürnberg):

- "1. Datenschutz ein allgemeiner Überblick
- 2. Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement im SGB II
- 3. praktische Umsetzung"

Stichworte aus der Diskussion

Die Diskussion hat sich sehr schnell darauf fokussiert, wann eine Zusammenarbeit zwischen beschäftigungsorientiertem Fallmanagement in Job-Centern und Diensten bzw. Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe sinnvoll sein und wie eine solche arbeitsteilig gestaltet werden könnte.

- Der Datenschutz hat bei der Bundesagentur einen sehr hohen Stellenwert; er könnte zum echten Stolperstein, aber auch als Vorwand benutzt werden, in Kooperationen etwas nicht zu tun.
- Fallmanagement-Daten sind nur für den zuständigen Fallmanager und einen definierten Stellvertreter zugänglich (bei Umzug wird ein neuer Fallmanager zuständig; der "alte" verliert die Zugriffsrechte).
- Kooperationen sind vor Ort zu gestalten; Datenbanken mit Informationen über Kooperationspartner, Hilfemöglichkeiten, ... entsprechend; verantwortlich ist die jeweilige ARGE-Geschäftsführung.
- Diese entscheidet übrigens auch über die organisatorische Trennung bzw. Zusammenlegung von Leistung- und Vermittlung ("Markt und Integration").
- Die Zentrale der Bundesagentur hat nur die Gewährleistungsverantwortung inne, der Geschäftsführer vor Ort dagegen die Umsetzungsverantwortung, d.h. die Bundesagentur kann nicht in jedem Fall Weisungen erteilen, sondern muss sich oft auf Hinweise bzw. Empfehlungen beschränken. (Anmerkung nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 20.12.07: Die Gewährleistungsverantwortung ist mit diesem Urteil aufgehoben worden wie die Verantwortungen neu verteilt werden, muss politisch entschieden werden.)
- Für die meisten Anwesenden ist die Darstellung des Kräfteverhältnisses zwischen Bundesagentur und ARGEn überraschend, weil sie von ARGEn oftmals zu hören bekommen, dass etwas wegen zentraler Vorgaben nicht zu machen sei
- Für Kooperationen vor Ort äußern die Anwesenden deshalb einen großen Informationsbedarf bezüglich fachlicher Hinweise und Empfehlungen der Bundesagentur für Arbeit. Dazu gibt Frau Poetzsch folgende Informationen: Das Informationsfreiheitsgesetz verpflichtet die Bundesagentur für Arbeit, alle Weisungen und Empfehlungen zu veröffentlichen; dies geschieht unter dem Link:
 - http://www.arbeitsagentur.de/nn_27834/Navigation/zentral/Veroeffentlichungen/Weisungen/Weisungen/Weisungen-Nav.html
 - Tatsächliche Weisungen das SGB II betreffend findet man dort unter dem Stichpunkt "Arbeitslosengeld II", Handlungsempfehlungen unter gleichem Link unter dem Stichwort "Internes".
- Am Ende der Diskussion wird für den Bereich der Hilfe nach § 67 SGB XII von Diskussionsteilnehmern grundsätzlich infragegestellt, ob das Fallmanagement des Job-Centers überhaupt geeignet ist, die notwendigen Hilfe zu organisieren, oder bei Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten nicht in aller Regel in der Realität dabei zum Scheitern verurteilt ist
- Oder zurückhaltender: Ist Fall-Management nicht oftmals unnötige Doppelarbeit? Die bei anderen Diensten sinnvoller angesiedelt wäre oder sogar schon ist, also durch Kooperation erschlossen werden sollte?

Stuttgart, den 05.03.2007